

Gemeinderatssitzung vom 26. Oktober 2026

DRINGLICHE INTERPELLATION 516/2026:

**«Baustellenmanagement in Uster:
Erreichbarkeit des lokalen Gewerbes sicherstellen»**

Sehr geehrter Herr Ratspräsident,
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
Geschätzte Anwesende

Das Hauptproblem ist die Dauer der Baustelle. Und genau hier müssen wir ansetzen.

Nehmen wir das Beispiel Seestrasse, zwischen der Einmündung Wannenstrasse und dem Doppelkreisel in Niederuster.

Fast zwei Jahre lang prägte das Einbahnregime über die Aabachbrücke den Verkehr. Im Sommer 2024 wurde die Brücke ersetzt – mit monatelangen Verkehrssperren für die Bauarbeiten und deren Vor- und Nacharbeiten. Nach wenigen Monaten mit normaler Befahrbarkeit begannen im Sommer 2025 die Sanierungsarbeiten an der Seestrasse. Wieder folgten Umleitungen, Teilsperren und Vollsperrungen.

Und heute? Wir haben Herbst 2026. Das Projekt ist noch immer nicht abgeschlossen. Die Gewerbetreibenden und Anwohnenden wurden kürzlich über weitere Verzögerungen bis ins erste Quartal 2027 informiert. Im Frühling 2027 drohen zusätzliche wochenlange Vollsperrungen für Belagsarbeiten. Dazu kommen noch nicht terminierte Garantearbeiten an der Brücke.

Seit Jahren Baustelle, immer wieder Sperrungen – und für das lokale Gewerbe kein verlässlicher Planungshorizont.

Für Betriebe mit Publikumsverkehr sind solche Zustände nicht einfach lästig. Sie gefährden Umsätze, belasten die Liquidität und können im schlimmsten Fall die Existenz eines Unternehmens infrage stellen. Betroffen sind nicht irgendwelche anonymen Wirtschaftsakteure, sondern unsere lokalen KMU, unsere Arbeitgeber und unsere Nahversorgung.

Ein solches Baustellenmanagement wirft deshalb ernsthafte Fragen auf. Die Bedürfnisse des lokalen Gewerbes wurden zu wenig berücksichtigt. Geschätzte Stadt- und Kantonsräte: Hier besteht dringender Handlungsbedarf – insbesondere auf kantonaler Ebene.

Die wirksamste Massnahme wäre, Baustellen möglichst kurz zu halten. Denn eine Umleitung löst nicht das Grundproblem, wenn eine Baustelle über Jahre hinweg die Erreichbarkeit beeinträchtigt.

Aber selbstverständlich gilt auch: Wenn gebaut wird, müssen die flankierenden Massnahmen stimmen.

Deshalb begrüssen wir ausdrücklich, dass die interimistische Sicherheitsvorständin inzwischen den Dialog mit den Gewerbetreibenden aufgenommen hat. Dafür danke ich Stadträtin Petra Bättig.

Allerdings stellt sich die Frage: Warum ist dieser Dialog nicht schon viel früher erfolgt? Die eigentliche Sicherheitsvorständin, Beatrice Caviezel, hätte diese Anliegen ebenfalls frühzeitig aufnehmen können und sollen.

Die Interpellationsantwort zeigt, wie stark die Stadt durch übergeordnete Vorgaben und Zuständigkeiten eingeschränkt ist. Als konkrete Massnahme konnte offenbar lediglich die Farbe der Wegweiser von Weiss auf Orange geändert werden. Nun soll zusätzlich ein Wegweiser mit dem Hinweis «Gewerbe» aufgestellt werden.

Das ist besser als nichts. Aber Hand aufs Herz: **Was bewirken diese Massnahmen für ein Gewerbe, das seit Jahren um seine Erreichbarkeit kämpfen muss?**

Ich sage es offen: Unsere Erwartungen waren deutlich höher. Und ich vermute, dass auch die betroffenen Gewerbetreibenden und vielleicht sogar der Stadtrat mehr erhofft hatten.

Wir müssen uns zudem von der Vorstellung lösen, dass jede Massnahme überall, jederzeit und unter allen Umständen gleich aussehen muss. Natürlich gelten die Rechtsgleichheit und die übergeordneten Vorschriften. Aber diese dürfen nicht zum Vorwand werden, um pragmatische Lösungen gar nicht erst ernsthaft zu prüfen.

Die Situation an der Seestrasse ist konkret und aussergewöhnlich: eine sehr lange Bauzeit, wiederholte Sperrungen und ein Gewerbe, das auf Kundschaft angewiesen ist. Eine Bäckerei, ein Blumengeschäft, ein Veloladen oder ein Coiffeur ist auf spontane und gelegentliche Kundschaft angewiesen. Eine Arztpraxis, ein Architekturbüro oder eine Beratungsfirma arbeitet stärker mit Terminen. Genau auf solche Unterschiede müssen die Massnahmen zugeschnitten sein und wir erwarten, dass die vorhandenen Handlungsspielräume konsequent ausgeschöpft werden.

Vielleicht ist auch bei der Signalisierung noch mehr möglich, als bisher umgesetzt wurde.

Unsere Hoffnung liegt deshalb weiterhin auf einem konstruktiven, aber verbindlichen Dialog zwischen den Behörden und den Gewerbetreibenden im Seestraszenquartier.

Für zukünftige Bauprojekte erwarten wir von den zuständigen Behörden, insbesondere vom kantonalen Tiefbauamt und den beteiligten städtischen Stellen, eine andere Haltung: **Das lokale Gewerbe muss von Anfang an Teil der Planung sein – nicht erst dann, wenn die Probleme längst da sind.**

Dazu gehören frühzeitige Information, eine bessere Koordination der Bauphasen, verlässliche Terminplanung und wirksame Massnahmen zur Sicherstellung der Erreichbarkeit. Wo Handlungsspielräume bestehen, müssen sie genutzt werden. Wo Grenzen gesetzt sind, muss transparent aufgezeigt werden, welche Alternativen geprüft wurden.

Denn eine funktionierende Infrastruktur ist wichtig. Aber ebenso wichtig ist, dass unsere lokalen Betriebe die Bauzeit wirtschaftlich überstehen.

Zum Schluss danken wir den Gewerbetreibenden im Seestrassenquartier für ihr Engagement und ihre Initiative. Sie haben auf ein Problem aufmerksam gemacht, das die Lokalpolitik ernst nehmen muss.

Unsere Botschaft ist klar: Baustellen lassen sich nicht immer vermeiden. Aber ihre Dauer, ihre Koordination und ihre Auswirkungen auf das lokale Gewerbe lassen sich beeinflussen.

Daran müssen wir die Behörden messen – heute an der Seestrasse und morgen bei jedem weiteren Bauprojekt in Uster.

Vielen Dank

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion:
Gianluca Di Modica
Uster, 21.09.2026